

Pressemitteilung

Bündnis gegen Castorexporte

Auseinandersetzungen um Jülicher Atommüll gehen weiter

Kritik am Konzeptpapier des Forschungszentrums Jülich

AtomkraftgegnerInnen fordern sicherheitsorientierte Konzepte und Rückkehr des Landes zu Recht und Gesetz.

„Entsorgungskonzepte konzentrieren sich offenbar auf Export der „Verantwortung“

Düsseldorf/Jülich, 17. Dezember 2014

Nach der Ankündigung des Forschungszentrums Jülich (FZJ) vom 15. Dezember 2014, das Genehmigungsverfahren für die Castor-Einlagerung in Ahaus wieder aufzunehmen, nach Einsicht in das bisher zurückgehaltene Konzeptpapier des FZJ zur Zukunft der Castoren – und nach einem Bericht des für die Atomaufsicht zuständigen NRW- Wirtschaftsministers Duin in der Atommüllkommission sind die AtomkraftgegnerInnen weiterhin verärgert.

Duin betonte am 5. Dezember 2014, dass es dem FZJ überlassen bleibe, ob man einen Export in die USA, einen Transport in das Zwischenlager Ahaus oder einen Verbleib in einem neu zu errichtenden Zwischenlager in Jülich vorantreibe. Eine aktive Mitwirkung an der Entwicklung dieser Konzepte schließe er aus.

In der Vergangenheit hat das FZJ jedoch mehrfach seine Verantwortung nicht hinreichend wahrgenommen und fiel durch Intransparenz und Falschinformationen auf. Auch das aktuelle FZJ-Konzeptpapier vom 31. Oktober 2014 für die Atomaufsicht musste offenbar mehrfach nachgebessert werden.

Aus Sicht der AtomkraftgegnerInnen kann damit nicht vom nötigen Vertrauen die Rede sein. Dass der Minister Duin das FZJ gewähren lässt, wirft ein besorgniserregendes Licht auf die Rolle der Politik. Das Land NRW ist nämlich nicht nur Miteigentümer des FZJ, sondern muss auch 30 Prozent der immensen Jülicher Entsorgungskosten tragen.

Das FZJ setzt seit zwei Jahren einseitig auf einen Export des Atommülls in die USA. Entscheidend hierfür ist laut dem uns jetzt vorliegenden 27-seitigen FZJ-Konzept vom 31. Oktober 2014 ein rein zeitliches Argument, da diese Variante angeblich innerhalb von drei Jahren abgeschlossen werden kann. Die Alternativen würden laut FZJ wesentlich mehr Zeit in Anspruch nehmen.

Für den Transport der Castoren nach Ahaus werden mehr als fünf Jahre, für den Neubau eines Zwischenlagers in Jülich nahezu neun Jahre veranschlagt. Bei der US-

Variante wird optimistisch angenommen, dass der gesamte Transport in die USA einschließlich von neun Schiffstransporten über den Atlantik innerhalb eines Jahres möglich ist. Umweltaspekte werden im FZJ-Konzeptpapier nicht diskutiert.

Die von Duin reklamierte unabhängige gutachterliche Prüfung des FZJ-Konzeptpapiers durch den TÜV Nord wird von den AtomkraftgegnerInnen mit Skepsis zur Kenntnis genommen. Angesichts der komplexen Materie sind vielmehr spezielle Gutachten zu jeder einzelnen der genannten Varianten erforderlich – unter Einbeziehung nuklear-kritischer Experten.

Obwohl eine Entfernung der Castoren aus dem aktuellen genehmigungslosen Jülicher Lager vor November 2016 nicht beginnen kann, da die Krananlage vernachlässigt wurde und saniert werden muss, strebt das FZJ laut Konzeptpapier einen Vertragsabschluss mit den USA für Mai 2015 an.

Hierzu Marita Boslar von Westcastor: „Es stellen sich da doch einige Fragen. Zunächst sprach der Minister noch im Sommer dieses Jahres ein Machtwort und forderte das Forschungszentrum ultimativ auf, ein schlüssiges Konzept zum Umgang mit den hochradioaktiven Abfällen zu entwickeln. Jetzt stellt er den Betreibern fast einen Freibrief aus. Das FZJ hat sich im Laufe vieler Jahre als Verantwortungsträger disqualifiziert. Woher der Minister nun das Vertrauen nimmt und dem FZJ die Kompetenz zuspricht – bleibt rätselhaft. Die Absicht, den Atommüll unter sachlich kaum haltbaren Argumenten und entgegen einschlägigen Gesetzen in die USA abzuschieben, weil dies am schnellsten gehe, bestätigt die Verantwortungslosigkeit, mit der man in Jülich, Düsseldorf und Berlin die Problematik exportieren will.“

Die AtomkraftgegnerInnen weisen darauf hin, dass es nicht darum gehen darf, wie man Atommüll möglichst schnell los wird, sondern dass es darum gehen muss, einen möglichst sicheren und verantwortungsvollen Umgang damit zu finden. Sie fordern, Sicherheitsaspekten Vorrang einzuräumen. Dann aber dürfte der Atommüll weder in die USA exportiert, noch nach Ahaus verschoben werden.

„Wir brauchen endlich ein modernes Atommülllager in Jülich – gleichermaßen gegen Erdbeben und Flugzeugabstürze gesichert. Hierauf haben die Menschen in der Region ebenso ein Anrecht, wie die, die Dutzenden von Atommülltransporten ausgesetzt wären. Was wir nicht brauchen ist Sankt-Florians-Aktionismus und das rechtswidrige Abwälzen von Verantwortung“, fasst Claudia Baitinger vom BUND in Nordrhein-Westfalen zusammen.